

Vom Glück der billigen Schulden

Eurokrise. Auch wenn sich die Bundesbürger derzeit eher wie die Zahlmeister Europas vorkommen – tatsächlich profitiert Deutschland von der Schuldenkrise. Denn selten war es so günstig, neue Schulden zu machen – die Zinsen sind auf einen historischen Tiefstand gesunken. Der Bund hat dadurch in den vergangenen drei Jahren rechnerisch mehr als 45 Milliarden Euro gespart.

Die aktuelle Schuldenkrise beweist eindrucksvoll, dass es in Krisenzeiten nicht nur Verlierer gibt, sondern auch Gewinner. Weil zum Beispiel der griechische Schuldenberg im Rekordtempo wächst, kann sich Deutschland so günstig refinanzieren wie selten zuvor.

Der Grund: Während Investoren für die Staatsanleihen der labilen

Euro-Staaten immer höhere Risikoprämien fordern, gilt Deutschland seit Beginn der Schuldenkrise als besonders sicherer Hafen bei Kapitalanlegern.

Diese hohe Nachfrage nach deutschen Staatspapieren hat deren Zinsen in der Vergangenheit immer weiter gedrückt – und zwar so weit, dass es am 9. Januar zu einem Novum in

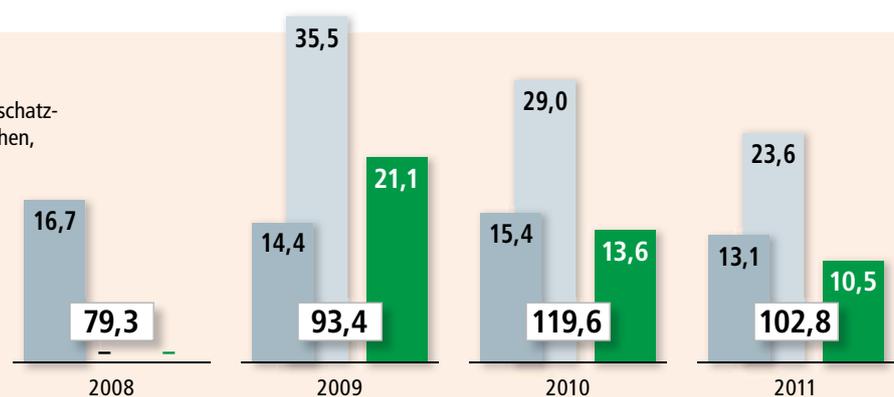
der deutschen Finanzgeschichte kam: Sechsmontatige Geldmarktpapiere der Bundesrepublik erzielten in einem Tenderverfahren (Kasten Seite 2) eine durchschnittliche Rendite von minus 0,0122 Prozent – Investoren zahlten also sogar drauf, wenn sie ihr Geld in Deutschland anlegten.

Auch bei längerfristigen Anleihen sind die Zinsen historisch niedrig. In den Jahren 2009 bis 2011 lag der durchschnittliche Zinssatz auf zweijährige Bundesschatzanweisungen lediglich bei 1,11 Prozent, auf zehnjährige Bundesanleihen bei →

Der Bund spart Zinsen

Emissionsvolumen von zweijährigen Bundesschatzanweisungen und zehnjährigen Bundesanleihen, die über Auktionen ausgegeben wurden

- in Milliarden Euro
- Zinslast über die gesamte Laufzeit
- Zinslast über die gesamte Laufzeit, wenn die Zinsen auf dem höheren Niveau der Jahre 2000 bis 2008 geblieben wären
- Rechnerische Zinsersparnis



Ursprungsdaten: Finanzagentur der Bundesrepublik Deutschland, Bloomberg

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 5

Inhalt

Energieversorgung. Die Braunkohle dürfte in Deutschland weiterhin ein wichtiger Energieträger bleiben.
Seite 3

Bundestagsabgeordnete. Fast jeder Dritte der 622 Abgeordneten ist Mitglied in einer Gewerkschaft.
Seite 4

Arbeitslosigkeit und Inflation. Beide Größen zusammen werden als Elendsindex bezeichnet.
Seite 5

Regionalpolitik. Bislang flossen 90 Prozent der Fördermittel nach Ostdeutschland – doch auch im Westen gibt es Bedarf.
Seite 6

Kuba. Trotz Reformen ist der sozialistische Inselstaat in vielen Wirtschaftsbereichen unterentwickelt.
Seite 7

Arbeitsmarkt für Schwerbehinderte. Die Beschäftigungssituation von behinderten Menschen hat sich verbessert.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



→ 2,91 Prozent per annum – Tendenz immer noch sinkend. In den neun Jahren zuvor musste die Bundesrepublik im Durchschnitt noch jährliche Prämien in Höhe von 3,42 bzw. 4,27 Prozent an ihre Gläubiger bezahlen (Grafik).

Wären die Zinssätze auf dem Niveau der Jahre 2000 bis 2008 geblieben, müsste der Bund für die 2009 bis 2011 emittierten Anleihen 45 Milliarden Euro mehr an Zinsen zahlen.

Am meisten konnte Deutschland im Rezessionsjahr 2009 einsparen: rund 21 Milliarden Euro. Das war doppelt so viel wie im Jahr 2011 (Grafik Seite 1). Und viele Geldmarktpapiere sind in dieser Rechnung gar nicht berücksichtigt, zum Beispiel fünfjährige Bundesobligationen. Auch hier sind die Zinsen auf historisch niedrigem Niveau.

Ob nun aus Kalkül oder bloßem Zufall – der deutsche Staat hat die Gunst der Stunde jedenfalls genutzt und just in der Zeit der billigen Zinsen eifrig neue Papiere auf den Markt gegeben:

Das Zuteilungsvolumen der Neuemissionen ist von knapp 80 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf 120 Milliarden Euro im Jahr 2010 gestiegen.

Deutschland selbst hat allerdings nicht allzu viel getan, um die Zinsen auf ihr derzeit niedriges Niveau zu bringen. Die Bundesrepublik betreibt zwar momentan eine vergleichsweise solide Fiskalpolitik und kann sich im Wettbewerb mit anderen Staaten gut behaupten. Nichtsdestotrotz sind die geringen Risikoprämien aber eher der Schwäche anderer Länder geschuldet – und nicht der eigenen Stärke.

Denn ganz so gut, wie manche gerne glauben, ist es um die deutschen Staatsfinanzen nicht bestellt: Das strukturelle Defizit – also jenes Haushaltsminus, das nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführen ist – ist unverändert hoch. Hinzu kommt:

Nachdem der Bundeshaushalt 2007 und 2008 kurzfristig ausgeglichen war, stieg die Neuverschuldung in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 auf mehr als 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Zwar ist die Nettokreditaufnahme im Jahr 2011 wieder auf rund 1 Prozent der Wirtschaftsleistung gesunken, dennoch bleibt die gesamte Staatsverschuldung mit mehr als 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts

(BIP) um gut 20 Prozentpunkte über der Maastricht-Grenze von 60 Prozent des BIP.

Das heißt: Obwohl Deutschland aufgrund des kräftigen Wirtschaftswachstums in den vergangenen beiden Jahren höhere Steuereinnahmen hatte als erwartet, kommt der Staat damit nicht aus.

Wie der Bund an frisches Geld kommt

Will der Bund neue Staatspapiere ausgeben, also an frisches Geld kommen, greift er in der Regel zum sogenannten Tenderverfahren. Teilnehmen können ausschließlich Mitglieder der „Bietergruppe Bundesemissionen“. Dazu gehören private Kreditinstitute aus dem In- und Ausland sowie Landesbanken. Die Bietergruppe wird von der Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur überwacht, die auch für die Platzierung der Staatspapiere verantwortlich ist. Ein Beitritt zur Gruppe ist jederzeit möglich.

Das Tenderverfahren ähnelt einer Auktion. Über einen festgelegten Zeitraum hinweg geben die Bieter Gebote über eine elektronische Handelsplattform ab. Die Interessenten nennen also den Kurs, zu dem sie die angebotenen Bundeswertpapiere erwerben wollen. Dabei müssen die Gebote einen Nennbetrag von mindestens 1 Million Euro haben. Unmittelbar nach dem Ende der Auktion wird bekannt gegeben, wer wie viele Papiere bekommt. Dazu stimmt sich die Finanzagentur mit der Bundesbank und dem Bundesfinanzministerium ab, denn es kann sein, dass der Staat weniger Papiere zuteilt, als er ursprünglich geplant hat – zum Beispiel, wenn zu viele Angebote zu niedrig ausfallen. Die zurückgehaltenen Anleihen werden später in der Regel über den Sekundärmarkt gehandelt. Dort können alle Investoren zugreifen, nicht nur der feste Bieterkreis. So kann der Staat doch noch so viele Anleihen ausgeben, wie er ursprünglich geplant hat.

Günstiges Geld für den Bund

Durchschnittliche Zinssätze in Prozent



Quelle: Bloomberg

Ein Fossil wird sauber

Energieversorgung. Obwohl Wind, Sonne und Wasser als Energiequellen immer wichtiger werden, geht es nicht ohne die Braunkohle. Vor allem moderne Kraftwerke können den fossilen Brennstoff schadstoffarm und effizient in Strom umwandeln. 

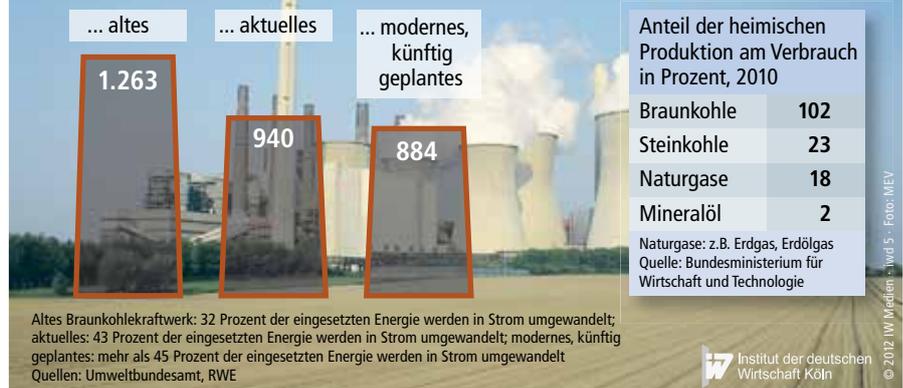
Noch ist Braunkohle die wichtigste Energiequelle für Strom in Deutschland – sie liefert knapp 25 Prozent des erzeugten Stroms; Steinkohle und Kernenergie kommen auf rund 19 bzw. 18 Prozent. Stark angestiegen ist die Verstromung von Erdgas, die inzwischen fast 14 Prozent der Stromerzeugung ausmacht.

Noch stärker zugenommen hat jedoch der Anteil der erneuerbaren Energien: Aus Sonne, Wind und Wasser wurden 2011 fast 20 Prozent des in Deutschland produzierten Stroms gewonnen, vor 20 Jahren waren es gerade einmal 3 Prozent. Und damit nicht genug: Der Anteil der erneuerbaren Energien soll in den nächsten Jahrzehnten auf mindestens 80 Prozent wachsen.

Neben dem Klimaschutz gehört auch die Versorgungssicherheit zu den großen Herausforderungen des Energiesektors. Dabei lässt sich grob sagen: Je mehr Energiequellen, Lieferländer und Transportmöglichkeiten es gibt, desto unwahrscheinlicher ist es, dass in Deutschland plötzlich die Lichter ausgehen. Auch heimische Rohstoffe können zur sicheren Versorgung beitragen: Die hierzulande eingesetzte Braunkohle zum Beispiel wird vollständig im Inland abgebaut und in großen Kraftwerken nahe der Abbaustätten verstromt.

Braunkohlekraftwerke: Modernisierung schont das Klima

So viel Gramm Kohlendioxid je Kilowattstunde produzierten Stroms stößt ein ... Braunkohlekraftwerk aus



Das Problem dabei: Wenn Braunkohle verbrannt wird, um Strom zu erzeugen, entstehen massenhaft Treibhausgase. Die Energieunternehmen müssen daher verhältnismäßig viel Geld für den Kauf von Emissionsrechten bezahlen. Und wenn diese Papiere zu teuer sind, lohnt es sich wirtschaftlich nicht mehr, mit Braunkohle Strom zu erzeugen. Auch die Kohlekraftwerke selbst bereiten vielerorts Probleme, stoßen sie doch häufig auf mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung.

Die Lösung des Dilemmas scheint relativ einfach. Die Kraftwerke müssen modernisiert werden. Alte Kohlekraftwerke durch neue Anlagen zu ersetzen, ist nicht nur besser fürs Klima, sondern erhöht auch die Versorgungssicherheit. Ob sich die Modernisierung für die Betreiber rechnet, hängt von den Strompreisen und den Preisen für die Emissionszertifikate ab, die erforderlich sind, um Kohlendioxid freisetzen zu dürfen.

Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Moderne Braunkohlekraftwerke erzielen Wirkungsgrade

von mindestens 43 Prozent (Grafik). Das heißt, zumindest 43 Prozent der eingesetzten Energie werden in Strom umgewandelt. Ältere Kraftwerke, die nach 40 Jahren Betriebszeit heute außer Dienst gehen, kommen nur auf Wirkungsgrade von rund 32 Prozent – der Rest wird als Abwärme meist ungenutzt in die Umwelt abgegeben. Das bedeutet:

Ein modernes Kraftwerk stößt gut ein Viertel weniger Emissionen aus als ein altes.

Die Zukunft sieht noch sauberer aus: Künftige neue Kraftwerke werden voraussichtlich Wirkungsgrade von mindestens 45 Prozent erreichen, was einer Emissionsreduktion von mindestens 30 Prozent gegenüber den Altkraftwerken entspricht.



aus IW-Trends
1/2012

Hubertus Bardt:
Die Bedeutung der Braunkohle
in Deutschland

www.iwkoeln.de/trends

Stimmrecht für die Gewerkschaften

Bundestagsabgeordnete. Die Gewerkschaften haben im Bundestag eine starke Lobby. Fast jeder dritte Abgeordnete ist Gewerkschaftsmitglied. Vor allem bei der SPD gehört es quasi zum guten Ton, in einer Arbeitnehmerorganisation zu sein.

Die deutschen Arbeitnehmer sind zuletzt eher gewerkschaftsmüde gewesen. Nach jüngsten Untersuchungen hatten im Jahr 2010 lediglich 14 bis 17 Prozent der abhängig Beschäftigten einen Mitgliedsausweis von DGB, Beamtenbund oder einer christlichen Gewerkschaft in der Tasche.

Auch wenn der Mitgliederschwund der vergangenen Jahre allmählich gestoppt zu sein scheint – eine wirksame Arbeitnehmervertretung ist bei diesem geringen Organisationsgrad in vielen Bereichen nicht mehr möglich.

Die Mindestlohndiskussion ist eine Folge dieser Schwäche – der Staat soll dort Lohnuntergrenzen einführen, wo die Gewerkschaften

keine Durchsetzungskraft, sprich Mitglieder, mehr haben.

Weil die kritische Masse für Streiks und eine effektive Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele in manchen Branchen nicht erreicht wird, versuchen die Gewerkschaftsbosse dies auf der politischen Schiene zu kompensieren. Ihre Strategie ist zweigleisig:

1. Annäherung. Nachdem sie sich wegen der Agenda 2010 mit der SPD zerstritten hatten, rücken die DGB-Gewerkschaften nun wieder näher an die Sozialdemokraten heran. Auch mit der Bundesregierung pflegt die DGB-Führung mittlerweile einen konstruktiven Dialog.

Und selbst die Liberalen haben ihre Vorbehalte gegen die Gewerkschaften aufgegeben – noch vor wenigen Jahren hatten FDP-Vertreter sie als „eine Plage für unser Land“ bezeichnet.

Für die Gewerkschaften hat sich der Strategiewechsel ausgezahlt:

Während der Krise wurden wirtschaftspolitische Vorschläge der Ge-

werkschaften aufgegriffen und politisch umgesetzt – zum Beispiel die Abwrackprämie für Autos.

Ein Grund für die schrittweise Rückkehr auf die politische Bühne liegt im Verhalten der Gewerkschaftsfunktionäre selbst. Weniger ideologisch geprägte Rhetorik und eine pragmatische Tarifpolitik haben das Ansehen der Arbeitnehmerorganisationen verbessert.

2. Einmischung. Die Gewerkschaften sitzen gewissermaßen direkt im Parlament. Von den 622 Abgeordneten des 17. Deutschen Bundestags sind 30 Prozent Mitglied einer Arbeitnehmerorganisation, also doppelt so viele wie unter den abhängig Beschäftigten (Grafik).

Allerdings sind nicht alle Fraktionen gleich stark von den Gewerkschaften eingenommen – mehr als 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten sind in der SPD oder in der Linkspartei. Die Unionsfraktion hat nur 23 Gewerkschafter in ihren Reihen, wovon 15 in christlichen Gewerkschaften beheimatet sind.

Bei den Grünen sieht die Mitgliederbilanz kaum besser aus als bei der Union, und die FDP zählt gerade mal ein (christliches) Gewerkschaftsmitglied.

So richtig Kapital schlagen können die Gewerkschaften aus dem hohen Organisationsgrad der linken Abgeordneten allerdings nicht – noch nicht. Denn Sozialdemokraten und Linke sitzen auf den Oppositionsbänken. Sollte die SPD allerdings die nächste Regierung stellen, dürfte der Deutsche Gewerkschaftsbund mitregieren.

Kollege Abgeordneter

Abgeordnete im
17. Deutschen Bundestag

	Insgesamt	davon gewerkschaftlich organisiert	in Prozent
SPD	146	112	77
Linkspartei	76	40	53
Bündnis 90/Die Grünen	68	8	12
CDU/CSU	239	23	10
FDP	93	1	1
Insgesamt	622	184	30

Quelle: Deutscher Bundestag

Zwei Übel auf einen Blick

Arbeitslosigkeit und Inflation. Der aktuelle Konjunkturtrend weckt Ängste vor Jobverlusten und steigenden Preisen. Deutschland hat diesbezüglich im internationalen Vergleich eher wenig zu befürchten. Dies zeigt der sogenannte Misery-Index, der die Arbeitslosenquote und die Inflationsrate in einem Wert zusammenfasst.

Die Auswirkungen der Schuldenkrise haben auch in Deutschland die wirtschaftlichen Perspektiven eingetrübt. In anderen Ländern sieht es allerdings noch viel düsterer aus. Mit dem konjunkturellen Abschwung gehen zumeist steigende Arbeitslosenzahlen einher. Ein Jobverlust hat für den Einzelnen oft dramatische Folgen. Und gesamtwirtschaftlich bedeuten mehr Arbeitslose unter anderem weniger Konsum und geringere Steuereinnahmen, dafür aber steigende Sozialausgaben.

Um der Krise entgegenzuwirken, fahren viele Staaten eine lockere Geldpolitik. Diese weckt jedoch die Angst vor einer zunehmenden Inflation. Steigende Preise sind ein Problem, schließlich lassen sie die Kaufkraft schrumpfen.

Kommen beide Phänomene zusammen, ist dies besonders gravierend – wie etwa in den 1970er Jahren, als in Deutschland infolge der Reaktion auf die Ölkrise die Inflationsrate in die Höhe schnellte und zugleich die Arbeitslosigkeit markant anstieg.

Gemeinsam veranschaulichen lassen sich die beiden Übel mithilfe des „Elendsindex“, der Arbeitslosenquote und Inflationsrate addiert. Der internationale Vergleich zeigt zweierlei (Grafik):

Misery-Index: Im Zeichen der Krise

Der Misery-Index – deutsch: Elendsindex – wurde in den 1960er Jahren vom US-Ökonomen Arthur Okun entwickelt. Der Wert des Index berechnet sich aus der Summe von Arbeitslosenquote und Inflationsrate. Der Indikator ist kein wissenschaftliches Maß, aber eine anschauliche Darstellung zweier ökonomischer Problemgrößen. Manche Analysen gewichten die Arbeitslosigkeit höher, um dieses Problem stärker zu betonen. Der US-Ökonom Robert Barro hat zudem das Wirtschaftswachstum und Zinsen in den Index integriert.



- **Großes Gefälle.** Wo die Euro-Schuldenkrise wütet, nimmt der Elendsindex die höchsten Werte an:

In Spanien werden Arbeitslosenquote und Inflationsrate 2012 zusammen wohl mehr als 24 Prozent betragen, in Griechenland fast 20 Prozent.

In Japan, der Schweiz und Norwegen liegt der Elendsindex dagegen unter oder bei 5 Prozent. Auch Deutschland steht mit 7,3 Prozent recht gut da.

- **Unterschiedliche Entwicklung.** Gegenüber dem Zeitraum 2000 bis 2011 hat sich der Indexwert vor allem in

den Euro-Krisenstaaten, aber auch in Großbritannien und den USA deutlich verschlechtert. Hierzulande ist der Trend dagegen positiv:

In Deutschland dürfte der Wert des Elendsindex 2012 um 2,5 Prozentpunkte unter dem Schnitt der Jahre 2000 bis 2011 liegen.

Verantwortlich für die jüngsten Indexveränderungen – sowohl zum Schlechteren als auch zum Besseren – ist in erster Linie die steigende oder fallende Arbeitslosigkeit. Bei der Inflation gab es dagegen deutlich weniger Bewegung.

Vorfahrt für den Westen

Regionalpolitik. Die Regionalförderung hat in Ostdeutschland zwei Jahrzehnte lang gute Arbeit geleistet. Jetzt sollte allerdings umgesteuert werden – im Westen sind einige Regionen dringend auf Fördermittel angewiesen.

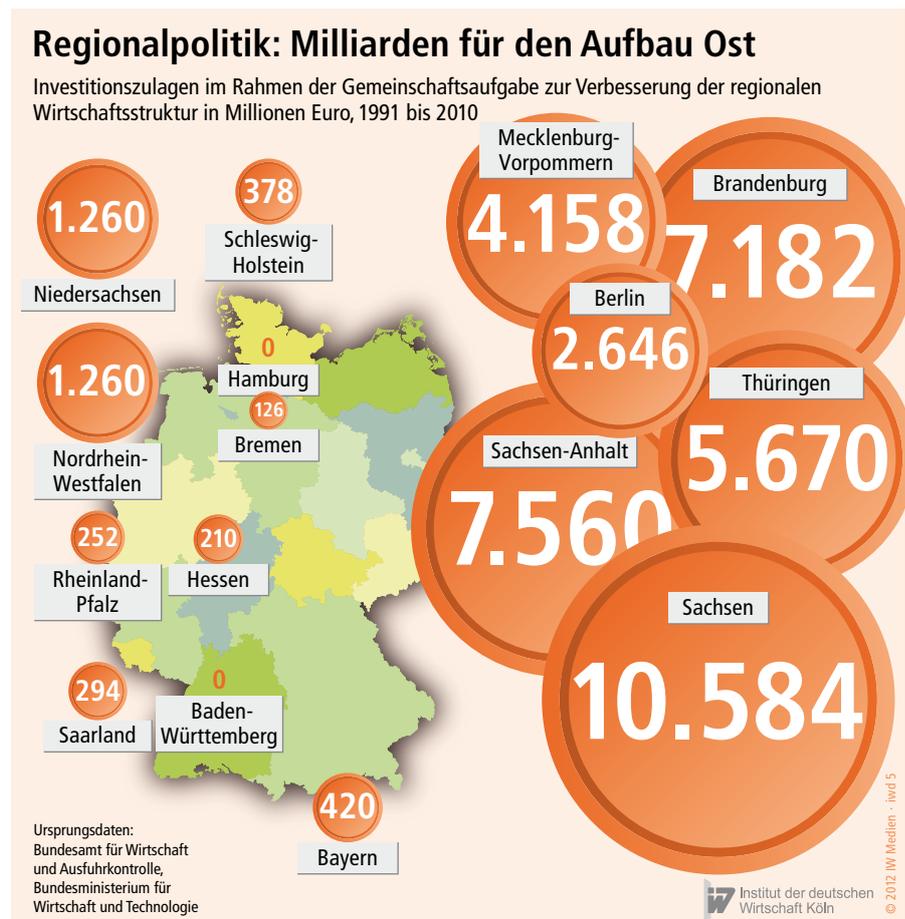
Wenn ein Unternehmen in einem strukturschwachen Gebiet investieren möchte, kann es Fördermittel beantragen. Seit 1991 wurden auf diese Weise deutschlandweit Beihilfen von etwa 42 Milliarden Euro gewährt, die sich der Bund und die Länder, die Geld bekommen, geteilt haben. Weil die Unternehmen aber nur einen Zuschuss erhalten und den Rest aus eigener Tasche finanzieren müssen, belief sich die Summe der damit angeschobenen Investitionen auf 224 Milliarden Euro. Von den gesamten Zuschüssen flossen 90 Prozent nach Ostdeutschland (Grafik).

Sachsen konnte mit 10,6 Milliarden Euro die meisten Fördermittel einstreichen.

Der Grund sind die Kriterien für das „Höchstfördergebiet“: Die Zulagen werden zunächst gemäß der Einwohnerzahl der einzelnen Länder verteilt; gibt es in einzelnen Regionen keine oder zu wenige förderwürdige Projekte, fließt das frei werdende Geld in Regionen mit vielen Projekten – wie etwa im Silicon Saxony.

Im Übrigen gibt es noch einen weiteren Fördertopf: Seit 1991 haben Bund und Länder 21 Milliarden Euro in die wirtschaftsnahe Infrastruktur wie Gewerbegebiete oder überbetriebliche Ausbildungsstätten gesteckt.

Die Regionalförderung Ost war durchaus erfolgreich: Das Verarbei-



tende Gewerbe ist mit knapp einem Fünftel der Wertschöpfung wieder ein starkes Standbein der Wirtschaft. Auch eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln belegt den Wachstumseffekt der Investitionszulagen (vgl. iw-d 31/2009).

Inzwischen hat sich das Blatt jedoch gewendet. Der Osten ist bei weitem nicht mehr das Armenhaus der Nation – auch wenn die Arbeitslosenquoten weiterhin etwas höher sind als in den meisten westdeutschen Ländern. Über kurz oder lang dürften sich die Ost-West-Unterschiede jedoch weiter einebnen – dafür sorgt schon allein die demografische Entwicklung. So gehen im Osten mehr Menschen in Rente als Berufseinsteiger nachrücken.

Bis zum Jahr 2025 wird die Zahl der Menschen im arbeitsfähigen Alter in Ostdeutschland um etwa 1,8 Millionen abnehmen.

Ganz anders sieht es in den westdeutschen Problemregionen wie dem Ruhrgebiet aus. Dort kommt der demografische Wandel später. Die Arbeitslosenquote beläuft sich dort aktuell auf gut 10, in Gelsenkirchen sogar auf 14 Prozent. Und anders als im Osten sind die Arbeitsmarktaussichten hier weniger rosig, sodass Fördermittel vorrangig in die Erneuerung der Infrastruktur und in die Bildung gesteckt werden sollten.

Die Regionalpolitik müsste sich somit in den nächsten Jahren verstärkt dem „Aufbau West“ widmen. Die Mittel sollten dabei eher Städten mit Strukturproblemen zugute kommen als Projekten auf dem Land. Dort sinkt nämlich fast überall die Zahl der Arbeitslosen – unter anderem wegen der hohen Investitionen in Windräder und Solarparks. Diese Subventionen wirken hier wie eine Extra-Regionalförderung.

Zaghafte Reformschritte

Kuba. Vor genau 50 Jahren trat das US-Handelsembargo gegen Kuba in Kraft. Bis heute ist der Karibikstaat, der nach wie vor sozialistisch regiert wird, in vielen Bereichen der Wirtschaft unterentwickelt, obwohl Raúl Castro einige Reformen in die Wege geleitet hat.

Schätzungen zufolge erzielte Kuba mit seinen gut 11 Millionen Einwohnern im Jahr 2010 ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 66,4 Milliarden Dollar. Damit war Kubas Wirtschaftsleistung zwar größer als die der benachbarten Dominikanischen Republik. Das Industrieland Belgien kam jedoch mit ähnlich vielen Einwohnern auf ein BIP von 468 Milliarden Dollar. Folglich ist der Wohlstand der Kubaner bescheiden:

Im Jahr 2010 betrug das um Kaufkraftunterschiede bereinigte BIP je Einwohner in Kuba schätzungsweise knapp 10.000 Dollar.

Damit steht Kuba zwar wiederum besser da als die Dominikanische Republik oder auch Jamaika, reicht aber längst nicht an Belgien heran, das zuletzt ein Pro-Kopf-BIP von gut 36.000 Dollar erwirtschaftete.

Nach wie vor wird die kubanische Wirtschaft vom Staat organisiert.

Entsprechend groß sind die Probleme, wenn auch nicht überall:

- **Binnenwirtschaft.** Trotz guter klimatischer Bedingungen kann Kubas Landwirtschaft den Bedarf der Bevölkerung nicht decken. Rund die Hälfte der benötigten Nahrungsmittel muss das Land importieren. Auch die Energieversorgung ist mangelhaft – unter anderem, weil die Kraftwerke meist noch alter Sowjet-Bauart sind.

Punkten kann Kuba dagegen zum Beispiel mit seinen Bildungsausgaben, die mit fast 14 Prozent des BIP zu den weltweit höchsten gehören. Auch das Gesundheitssystem ist gut ausgebaut.

Das Geld dafür dürfte nicht zuletzt aus dem Tourismus stammen – 2010 kamen etwa 2,5 Millionen Besucher auf die Insel.

- **Außenhandel.** Kuba importiert viel mehr, als es exportiert (Grafik):

Im Jahr 2010 belief sich das Minus in der Warenhandelsbilanz auf etwa 7,4 Milliarden Dollar, das waren rund 11 Prozent des BIP.

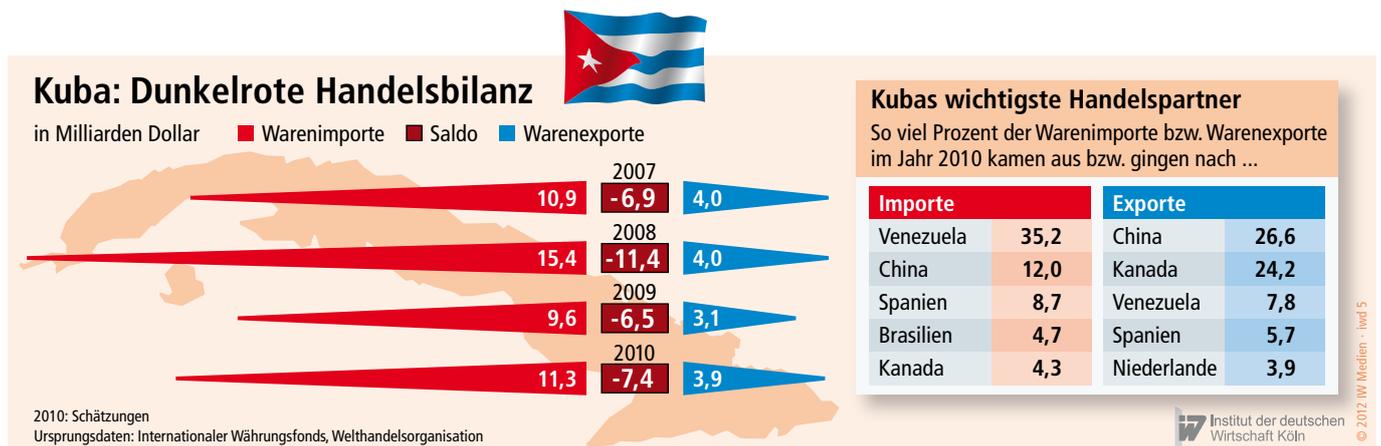
Mehr als 40 Prozent der Einfuhren entfielen aufs Öl. Der Ölproduzent Venezuela war denn auch der Hauptlieferant kubanischer Import-

güter. Dagegen ist China das wichtigste Exportland – vor allem das in Kuba reichlich vorkommende Nickel ist im Reich der Mitte gefragt.

Der Importbedarf könnte allerdings bald deutlich schrumpfen, sofern die vor der kubanischen Küste entdeckten großen Ölmengen tatsächlich gefördert werden können.

Um generell stärker von den Chancen der Globalisierung zu profitieren, müsste Kuba aber sein staatliches Außenhandelsmonopol aufgeben. Bislang dürfen nur bestimmte Unternehmen in genau festgelegten Bereichen Handel betreiben.

Immerhin lässt die Staatsführung inzwischen etwas mehr Marktwirtschaft zu. So dürfen die Kubaner in Kleinstunternehmen ihre Dienste und Waren auf eigene Rechnung anbieten sowie eigene Angestellte beschäftigen – dies gilt z.B. für Handwerker, Mechaniker, Masseure und Friseure. Im Gegenzug soll die Zahl der Beschäftigten in den unproduktiven Staatsbetrieben in den kommenden Jahren um mehr als 1 Million schrumpfen. Zudem will Kuba private ausländische Investoren gewinnen, um die Tourismusbranche zu modernisieren.



Ein Handicap ist kein Hindernis

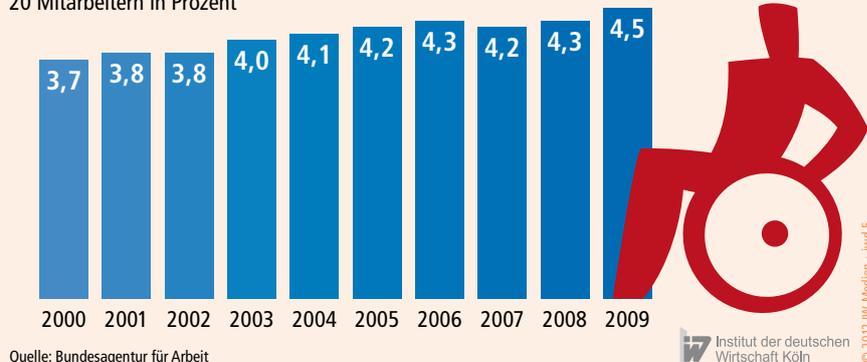
Arbeitsmarkt für Schwerbehinderte. Sie sind gehbehindert, herzkrank oder blind und trotzdem oft gut qualifiziert: Schwerbehinderte. Ihre Beschäftigungssituation hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert.

Als schwerbehindert gelten Menschen, deren Grad der Behinderung mindestens 50 Prozent beträgt. Der jüngste Aufschwung am Arbeitsmarkt ist an dieser Gruppe bislang noch nicht angekommen. Zwar ist die Arbeitslosenzahl unter den Schwerbehinderten in den letzten Monaten des vergangenen Jahres gesunken, doch im Jahresdurchschnitt waren rund 180.000 ohne Job – und damit 5.000 mehr als 2010.

Eine Ursache für die verzögerte Arbeitsmarktentwicklung bei den Schwerbehinderten ist deren besonderer Kündigungsschutz. Aus diesem Grund stieg die Arbeitslosigkeit der Schwerbehinderten beispielsweise im Krisenjahr 2009 langsamer an

Mehr Schwerbehinderte im Job

Anteil der Schwerbehinderten an allen Beschäftigten in Unternehmen mit mindestens 20 Mitarbeitern in Prozent



als die allgemeine Arbeitslosigkeit. Und 2010, als die Arbeitslosigkeit insgesamt schon wieder unter den Vorjahreswert gesunken war, nahm die der Schwerbehinderten weiter zu. Dabei mangelt es den Betroffenen nicht an Qualifikation:

Fast 60 Prozent der Schwerbehinderten verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen akademischen Abschluss.

Zudem gibt es eine gesetzliche Regelung, um Behinderten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern: In Deutschland sind Unternehmen, die 20 Mitarbeiter oder mehr beschäftigen, dazu verpflichtet, mindestens 5 Prozent Schwerbehinderte einzustellen. Betriebe, die diesen Wert unterschreiten, müssen eine Ausgleichsabgabe zahlen. Umgekehrt erhalten die Firmen bei der Einstellung von Schwerbehinderten

eine finanzielle Förderung, beispielsweise über Lohnkostenzuschüsse.

Obwohl die Pflichtquote im Jahr 2001 von 6 auf 5 Prozent gesenkt wurde, ist die Bereitschaft, Schwerbehinderte einzustellen, seitdem um rund ein Fünftel gestiegen (Grafik):

Im Jahr 2000 arbeiteten in deutschen Unternehmen im Durchschnitt 3,7 Prozent Schwerbehinderte, 2009 waren es bereits 4,5 Prozent.

Aufgrund der demografischen Entwicklung dürfte die Quote zudem weiter steigen. Weil Behinderungen meist erst im höheren Alter auftreten, ist schon heute etwa die Hälfte der schwerbehinderten Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 55 und 65 Jahre alt – und erst in den kommenden Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge nach und nach diese kritische Altersgruppe erreichen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwvd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.